

PRESSEMITTEILUNG

Hamm, 23.05.2017

Zum Welt-Nichtrauchertag 2017: Rauchen macht arm!

Das diesjährige Motto des Weltnichtrauchertages lautet: „Rauchen kostet. Nichtrauchen kostet nichts!“ Eine effektive Tabakprävention und Tabakkontrolle schützt die Gesundheit und senkt sowohl die individuellen als auch die volkswirtschaftlichen Kosten des Rauchens. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) fordert daher eine umgehende Umsetzung des Tabakwerbeverbots.

In Deutschland stirbt durchschnittlich jeder siebte Mensch an den Folgen des Rauchens. Diese traurige Zahl unterstreicht die Tatsache, dass in den Industrienationen Rauchen immer noch die führende Ursache vorzeitiger Sterblichkeit ist.

Rauchen ist damit für viele nicht nur eine individuelle Tragödie, es kostet auch viel Geld. Die sog. direkten Kosten für die Versorgung von Krankheiten und Gesundheitsproblemen, die auf das Rauchen zurückzuführen sind, liegen jährlich bei mehr als 25 Mrd. Euro. Bezieht man Faktoren wie Erwerbsunfähigkeit, Frühberentung und Todesfälle mit ein (indirekte Kosten in Höhe von 53,7 Mrd. Euro), belaufen sich die gesamtgesellschaftlichen Kosten auf 79,1 Mrd. Euro im Jahr. Dem stehen Nettoeinnahmen von 14,2 Mrd. Euro aus der Tabaksteuer gegenüber. Eine Rechnung, die sich nicht lohnt.

In Deutschland rauchen immer noch rund ein Drittel aller Männer im Alter von 18 – 64 Jahren, bei den Frauen sind es 26 Prozent. Am stärksten verbreitet ist das Rauchen bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Trotz dieser hohen Zahlen präsentiert sich die Tabakkontrollpolitik und die Umsetzung präventiver Maßnahmen in Deutschland auf einem niedrigen Niveau: Auf der europäischen Tabak-Kontroll-Skala, die insgesamt 34 Länder hinsichtlich ihrer Bemühungen um effektive Tabakprävention und -kontrolle miteinander vergleicht, nimmt Deutschland den vorletzten Platz ein.

Dabei liegen entsprechende Vorschläge und Forderungen seit langem auf dem Tisch: Im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Tabakrichtlinie von 2014 hätte ein Außenwerbeverbot für Zigaretten längst umgesetzt werden können, ja müssen. Deutschland ist mittlerweile der einzige EU-Mitgliedsstaat, in dem Werbung für Tabakprodukte auf Plakaten, Litfaßsäulen und in Kinos weiterhin gestattet ist. Selbst Regierungsvertreter/-innen haben sich mittlerweile für eine entsprechende Gesetzesänderung eingesetzt, bislang ohne Erfolg.

Präventive Maßnahmen, die auf der Grundlage des Rahmenübereinkommens der WHO seit 2004 auch für Deutschland rechtlich bindend und nach einer aktuellen Umfrage von der Mehrheit der Bevölkerung auch gewünscht sind, finden nicht ihren Weg in die Praxis. Dies scheint kaum vermittelbar, zumal sich deutlich gezeigt hat, dass eine funktionierende Prävention insbesondere bei Jugendlichen zu einem Rückgang des Rauchens geführt hat.

Dr. Raphael Gaßmann, Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, erklärt dazu: „Wie das Rauchverbot in Gaststätten gezeigt hat, findet eine konsequente Umsetzung von Präventionsmaßnahmen großen Zuspruch in der Bevölkerung. Präventions- und Tabakkontrollpolitik funktioniert nicht, wenn sie zögerlich und widerwillig erfolgt“, so Gaßmann weiter. „Das heißt ganz konkret: Wenn Zigaretten weiterhin überall erhältlich sind, beworben werden und ihr Preis weiterhin taschengeldverträglich ist, bleiben Jugendschutz und Prävention Lippenbekenntnisse.“

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen, selbst Mitglied im Aktionsbündnis Nichtrauchen (ABNR), teilt die Empfehlungen des Aktionsbündnisses und der Deutschen Krebshilfe und fordert

- eine umgehende Umsetzung des Verbots für Tabakwerbung, der Promotion und des Sponsorings,
- einen wirksamen Jugend- und Nichtraucherschutz durch einheitliche Regelungen,
- wirksame Prävention durch begrenzten Zugang zu Tabakprodukten und deutliche Steuererhöhungen für Tabakprodukte.

3.797 Zeichen

Kontakt:

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS)

Christina Rummel
Referentin für Grundsatzfragen
und stellv. Geschäftsführerin
Westenwall 4
59065 Hamm
Tel. +49 2381 9015-24
Fax +49 2381 9015-30
rummel[at]dhs.de
www.dhs.de

Barbara Kunz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Westenwall 4
59065 Hamm
Tel. +49 2381 9015-22
Fax +49 2381 9015-30
kunz[at]dhs.de
www.dhs.de